

Matthias Hauer

Ihr Abgeordneter für den Essener Süden und Westen

Newsletter ... 15/15

18.12.2015



Adventliche Stimmung vor dem Reichstagsgebäude.

Regierungserklärung zum EU-Gipfel

Die 28 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union sind gestern und heute zu einem weiteren EU-Gipfel zusammengekommen. In einer Regierungserklärung dazu im Deutschen Bundestag sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel, Europa habe ein schwieriges und turbulentes Jahr hinter sich. Ob durch die Krisen in der Ukraine, in Griechenland oder in der Euro-Zone, den Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die vielen Menschen, die Zuflucht vor Krieg und Verfolgung suchten – der Zusammenhalt Europas sei im vergangenen Jahr vielfach auf die Probe gestellt worden. Allerdings könne kein Land die Herausforderungen allein bewältigen. „Abschottung ist keine vernünftige Option“, betonte Angela Merkel. Stattdessen seien Kompromissbereitschaft und Solidarität unter den europäischen Partnern erforderlich.

Auf dem EU-Gipfel besprechen die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder die Umsetzung der bereits gefassten Beschlüsse in der Flüchtlingspolitik. Deutschland drängt darauf, die Beschlüsse konsequenter und schneller umzusetzen. Wichtig seien vor allem die Einrichtung der Registrierungscentren in Italien und Griechenland, die Verteilung von 160.000 Flüchtlingen auf die Mitgliedsstaaten sowie ein stärkerer Schutz der EU-Außengrenzen. Die europäische Grenzschutzagentur Frontex soll mehr Befugnisse erhalten und flexibel auch notfalls gegen den Willen betroffener Staaten zur Sicherung der Außengrenzen aktiv werden.

Ein weiteres Thema des EU-Gipfels sind die Forderungen des britischen Premierministers David Cameron nach mehr Autonomie und Sonderrechten für sein Land. Im Jahr 2017 soll das Volk in Großbritannien über den Verbleib in der EU abstimmen. „Deutschland wünscht sich, dass Großbritannien ein aktiver Partner in der EU bleibt“, betonte die Kanzlerin im Deutschen Bundestag. Allerdings wird Deutschland europäische Errungenschaften wie Freizügigkeit und Nichtdiskriminierung zwischen den europäischen Bürgern nicht in Frage stellen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Essenerinnen und Essener!

Die letzte Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in diesem Jahr geht heute zu Ende. Für die zahlreichen Anregungen im vergangenen Jahr und Ihr Interesse an meiner Arbeit bedanke ich mich sehr herzlich. Auch in diesem Newsletter erfahren Sie wieder viele Neuigkeiten aus Berlin und Essen.

Links lesen Sie mehr zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin vom vergangenen Mittwoch. Auf Seite 2 berichte ich Ihnen über die gestiegenen Investitionen des Bundes in den wichtigen Bereichen Forschung und Entwicklung. Dort erfahren Sie zudem, welche Abstimmungsarten es im Deutschen Bundestag gibt und über welche meiner Bundestagsreden die Tagesschau kürzlich berichtet hat.

Auf Seite 3 sehen Sie einen kleinen Ausschnitt meiner Arbeit in Essen. Diesmal geht es um meine Bürgersprechstunde in Übrerruhr, den Austausch mit der Caritas und mit der Evonik Industries AG sowie die von mir initiierte Veranstaltung mit 180 Jugendlichen im Grashof Gymnasium.

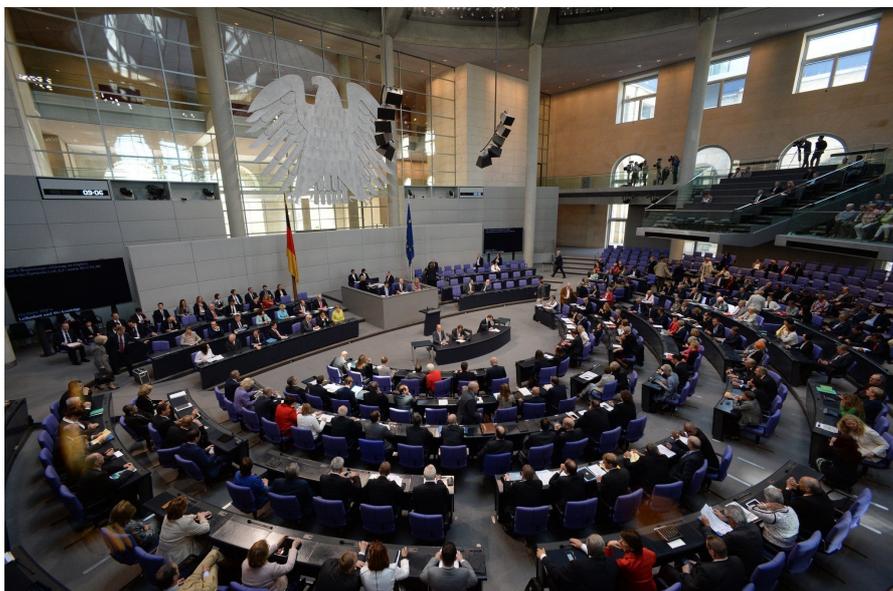
Ihnen und Ihren Familien wünsche ich ein frohes Weihnachtsfest sowie für das neue Jahr 2016 viel Gesundheit, Glück und Gottes Segen.

Ihr

Matthias Hauer MdB



Berlin



Plenum © Deutscher Bundestag/ Studio Kohlmeier

Forschung und Innovation in Deutschland

Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag über den aktuellen Stand von Forschung und Innovation in Deutschland debattiert. Anlass war ein Gutachten der Expertenkommission zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands. Niemals zuvor, so betont das Bundesbildungsministerium in seiner Stellungnahme, wurde in Deutschland so viel Geld in Forschung und Entwicklung (FuE) investiert. Die Ausgaben des Bundes für FuE sind in den vergangenen zehn Jahren von neun Milliarden Euro im Jahr 2005 auf 14,9 Milliarden Euro im Jahr 2015 gestiegen. Das hat sich bemerkbar gemacht: Elf Prozent der Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt kommen aus Deutschland. Die Bundesrepublik belegt damit den dritten Platz nach den USA und Japan. Laut „EU Industrial R&D Investment Scoreboard“ kommen fünf der zehn innovationsstärksten Unternehmen Europas aus Deutschland. Und im Außenhandel mit forschungs- und entwicklungsintensiven Waren konnte Deutschland mit einem Anteil von rund zwölf Prozent seine Wettbewerbsposition hinter China und vor den USA ausbauen. Um weiterhin an der Spitze zu bleiben, müssen Bildung und Forschung im Bundeshaushalt ein Schwerpunkt bleiben, betonten die Bildungspolitiker. Die Koalition hat sich das Ziel gesetzt, drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Forschung und Entwicklung zu investieren.



Namentliche Abstimmung im Deutschen Bundestag
© Deutscher Bundestag/ Lichtblick/ Achim Melde

Hintergrund

Abstimmung im Plenum

In der Regel wird im Plenum **per Handzeichen** abgestimmt. Bei der Schlussabstimmung über Gesetze zeigen die Abgeordneten ihr Votum durch Aufstehen oder Sitzenbleiben an.

Bestehen Zweifel über das Ergebnis wird die Abstimmung **per Hammelsprung** wiederholt: Die Abgeordneten verlassen den Saal und werden bei der Rückkehr durch eine von drei Türen (Ja - Nein - Enthaltung) gezählt.

Namentliche Abstimmungen per Stimmkarte sind bei besonders bedeutsamen oder umstrittenen Entscheidungen üblich, u.a. bei jedem Einsatz der Bundeswehr. Dann wird im Plenarprotokoll dokumentiert, wie jeder Abgeordnete votiert hat. Das Abstimmungsverhalten ist auf <https://www.bundestag.de/bundestag/plenum/abstimmung/grafik> einsehbar.



Die Tagesschau berichtet über die Debatte zum Cum-Ex-Untersuchungsausschuss und zeigt darin einen Auszug aus der Rede von Matthias Hauer MdB.

Bundestagsrede: Tagesschau berichtet

Am 4. Dezember hat Matthias Hauer MdB im Deutschen Bundestag zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu Cum-Ex-Geschäften gesprochen. In seiner Rede bezeichnete er die Geschäfte als „kriminell“ und betonte die Notwendigkeit der strafrechtlichen Aufklärung dieser komplexen Vorgänge. Über die Debatte berichtete unter anderem die Tagesschau (Foto links). Bei den Cum-Ex-Geschäften handelt es sich um Aktiengeschäfte, die allein mit dem Ziel getätigt wurden, sich die Kapitalertragsteuer zweimal erstatten zu lassen, obwohl sie nur einmal gezahlt wurde. Dem Fiskus entstand dadurch ein Schaden in Milliardenhöhe. Im Anschluss an diese erste Debatte ist der Antrag zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung überwiesen worden.

Essen



Bürgersprechstunde in Überruhr

Am 12. Dezember hat Matthias Hauer MdB von 10 bis 12 Uhr zu einer Bürgersprechstunde vor dem Einkaufszentrum in der Schulte-Hinsel-Straße eingeladen. Gemeinsam mit Vertretern der örtlichen CDU stand er am adventlichen Infostand der CDU Überruhr für Fragen und Anregungen zur Verfügung. Mit dabei waren aus dem Vorstand der CDU Überruhr (v.l.) Norbert Mering, der Ortsvorsitzende Thomas Ziegler, Laura Hemmer, Bezirksvertreter Heinz Böcker, Oliver Schönberger und Birgit Groote. „Der Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern liegt mir sehr am Herzen“, betont Matthias Hauer. „Auch im nächsten Jahr werde ich die Bürgersprechstunden in den Stadtteilen fortsetzen.“

Caritas: Projekt für Opfer von Menschenhandel

Prostitution und Menschenhandel – zu diesen beiden Themen hat sich Matthias Hauer MdB am 9. Dezember mit dem Caritasverband für die Stadt Essen e.V. ausgetauscht. Im Zentrum stand das Projekt „Nachtfalter“ mit einer Beratungsstelle für Mädchen und Frauen, die der Prostitution nachgehen, und einer spezialisierten Beratungsstelle für Mädchen und Frauen, die von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung, Heiratshandel und Sextourismus betroffen sind. Mit Caritasdirektor Dr. Björn Enno Hermans (li.) sowie den beiden Nachtfalter-Mitarbeiterinnen Christine Noll (Leiterin, 2.v.r.) und Dorothee Thiering hat sich Matthias Hauer über die Situation in Essen beraten und über die anstehenden bundesgesetzlichen Neuregelungen gesprochen.



Besuch im Werk der Evonik Industries AG

Gemeinsam mit Thomas Bareiß, dem Energiebeauftragten der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, und weiteren CDU-Bundestagsabgeordneten aus dem Ruhrgebiet hat Matthias Hauer MdB am 8. Dezember den Chemiapark Marl besucht. Dort konnten sich die Politiker mit Evonik-Vorstand Thomas Wessel und Chemiapark-Leiter Walter Tötsch über aktuelle energie- und industriepolitische Fragestellungen austauschen. „Die Evonik Industries AG mit Sitz in Essen ist für die Menschen in unserer Stadt ein wichtiger Arbeitgeber“, betont Matthias Hauer. „Egal ob es sich um ein Großunternehmen der Spezialchemie oder ein kleines Unternehmen einer anderen Branche handelt – mir ist wichtig, gerade auch für diejenigen ein offenes Ohr zu haben, die Arbeitsplätze in Essen bieten.“

Unternehmergeist in die Schulen: Diskussion am Grashof Gymnasium



Etwa 180 Schülerinnen und Schüler des Grashof Gymnasiums haben am 10. Dezember auf Initiative von Matthias Hauer MdB mit jungen Essener Gründern diskutiert. Im Mittelpunkt standen die unternehmerische Selbstständigkeit als berufliche Option sowie die Frage, wie Unternehmergeist bereits in der Schule vermittelt werden kann. Neben den Gründern stellten sich Matthias Hauer, Oliver Janscheid von der IHK zu Essen sowie Business Angel Petra Hartjes den Fragen der Schülerinnen und Schüler.

Kontakt



Büro Berlin

Deutscher Bundestag
Matthias Hauer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 227 75169

Fax: 030 227 76169

Unterstützen mich in Berlin: Dirk Stahns,
Elena Zettelmeyer, Katrin Arnholz (v.l.)



Büro Essen

Matthias Hauer MdB
Blücherstr. 1
45141 Essen

Tel.: 0201 545 46100

Fax: 0201 545 46101

Unterstützen mich in Essen: Constantin Hesselmann, Daniela Rittkowski, Marie Kohls (v.l.) sowie Nils Sotmann

E-Mail: matthias.hauer@bundestag.de

Facebook: [facebook.com/matthiashauer.cdu](https://www.facebook.com/matthiashauer.cdu)

Twitter: twitter.com/MatthiasHauer

